
These 17

Das Schulsystem wurde grundlegend umgestaltet. Die Schulen erhielten mehr Freiräume zur kreativen Gestaltung. Lehrpläne und Lehrinhalte, die auf den Grundwerten einer freiheitlichen Demokratie aufbauen, wurden neu festgelegt. Die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft der neuen Länder wurde umstrukturiert und ist heute durch international anerkannte Universitäten und Fachhochschulen charakterisiert, die die dreifache Zahl der Studenten ausbildet im Vergleich zu 1990. Es wurde eine außeruniversitäre Forschungslandschaft von Instituten der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibnitz-Gemeinschaft, der Fraunhofer Gesellschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft neu aufgebaut, die heute international in der Wissenschaftsgemeinschaft anerkannt und etabliert ist.

— . — . —

Bildung und Forschung als gelungene Kapitel der Wiedervereinigung

Dagmar Schipanski

Die unter der Leitung des Ministeriums für Volksbildung stehende allgemeinbildende Schule gehörte zu jenen gesellschaftlichen Bereichen in der DDR, die am stärksten ideologisch durchdrungen waren. Für die SED-Führung war die „Volksbildung“ von entscheidender gesellschaftspolitischer Bedeutung. Denn hier sollte der neue Mensch im Verständnis des marxistisch-leninistischen Sozialismus entstehen. In bildungsideologischer und bildungspolitischer Hinsicht galten die Prinzipien größtmöglicher Ein-

heitlichkeit des Schulunterrichts und straffer zentralistischer Führung. Die Lehrerbildung erfolgte überwiegend in einem eigenen Sektor des Hochschulwesens, der speziell dafür geschaffen worden war und deshalb noch stärker den Vorstellungen der SED-Führung entsprach als die älteren Universitäten.

Gekennzeichnet war das Schulsystem durch die zehnklassige Polytechnische Oberschule und die Erweiterte Oberschule. Damit verbunden war die Vorstellung, den Anspruch der Polytechnischen Oberschule auf eine moderne, auch praxisorientierte Grundbildung für alle mit einer gymnasialen, vertiefenden Vorbereitung auf ein Hochschulstudium zu verbinden. Das berufliche Bildungswesen war ebenfalls zentral gesteuert und eng mit der Wirtschaftsplanung bedarfsorientiert abgestimmt. Beliebt war die Berufsausbildung mit Abitur, die eine gute Grundlage für Ingenieur- und naturwissenschaftliche Studiengänge bot. Aus dieser Struktur erklärt sich die derzeitige verstärkte Forderung in der Bevölkerung nach einem längeren gemeinsamen Lernen aller Schüler und keiner frühzeitigen Ausdifferenzierung nach der 4. Klasse in den neuen Ländern.

Gerade das Schulsystem stand wegen der Ideologisierung in der friedlichen Revolution im Mittelpunkt der Kritik. Aufgrund des Kulturföderalismus etablierten sich in den neuen Ländern je nach Partnerland unterschiedliche Schulsysteme, die aber alle den allgemeinen Prinzipien folgten:

- größere Freiräume für die Schulen und Lehrer bei der Gestaltung des Unterrichts,
- die Neuwahl der Elternvertretungen und die demokratische Wahl von Schülervetretern,
- die Ernennung neuer Schulräte durch das Ministerium für Bildung und Wissenschaft auf der Grundlage von Vorschlägen der im Mai 1990 demokratisch gewählten Kommunalvertretungen,
- die Einsetzung von Landesschulräten im Zusammen-

wirken mit den von der Regierung der DDR ernannten Bevollmächtigten für die noch existierenden Bezirke,

- die Ausschreibung aller Direktorenämter und deren Neu-besetzung im Zusammenwirken mit den neuen Schul-konferenzen (Eltern-, Schüler- und Lehrervertreter),
- die Ersetzung bisheriger Schulbücher durch solche aus der alten Bundesrepublik (mit deren aktiver Unterstüt-zung sowie durch freiwillige Hilfe westdeutscher Schul-buchverlage) sowie durch Anthologien geeigneter litera-rischer Texte.

Durch die Landtagswahlen vom Oktober 1990 erhielt die CDU in vier der fünf wieder entstandenen Länder die Re-gierungsführung. In drei der Länder (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) konzipierte die CDU eine neue Schul-politik mit den beiden folgenden innovativen Elementen:

- Entwicklung eines neuen Schultyps für die 5. bis 10. Klasse (Mittelschule, Regelschule, Sekundarschule), der die Hauptschulbildung und die Realschulbildung in sich vereint, Vorzüge des Gesamtschulkonzepts nutzt und an Erfahrungen mit der „allgemeinbildenden polytech-nischen zehnklassigen Oberschule“ der DDR anknüpft;
- Festhalten am Abitur nach zwölfjähriger Schulausbil-dung einschließlich eines achtjährigen Gymnasiums, wobei eine gesonderte beruflich orientierte Gymnasial-bildung im Anschluss an den neuen Schultyp ein Abitur auch nach dreizehn Jahren ermöglicht.

Das achtjährige Gymnasium hat sich in Thüringen und Sachsen zum Erfolgsmodell etabliert, das jetzt auch in vie-len anderen Ländern übernommen wird. Richtig war auch die Entscheidung, an Elemente der Elitenbildung in der DDR in den naturwissenschaftlichen, sprachlichen und musischen Fächern sowie im Sport anzuknüpfen und diese Form der Ausbildung in die Gymnasien zu integrieren und fortzuentwickeln. Die Erfolge im PISA-Test bestätigen diese Entscheidung.

Die schulischen Strukturentscheidungen waren verbunden mit einer Überprüfung des Lehrpersonals in Bezug auf rechtlich nachweisbare Verfehlungen und politischen Missbrauch. Ein Austausch der gesamten Lehrerschaft oder auch nur einer Mehrheit der Lehrer war keine realistische Option und hätte für die Akzeptanz der Schulpolitik in der Bevölkerung Folgen gehabt. Zugleich konnte jedoch die institutionelle Umstrukturierung dazu genutzt werden, die Lehrerkollegien neu zusammenzusetzen. Hinzu traten Angebote zur Lehrerweiterbildung in allen Fächern und vor allem zur Demokratieerziehung.

Personalpolitisch erschwerend war die Tatsache, dass die Schülerzahl zurückging, so dass im Rahmen der finanzierbaren Betreuungsrelationen ein Lehrerüberhang entstand. Das belastete die Diskussion mit der Lehrerschaft und begrenzte die Möglichkeiten für den Einsatz junger und neu ausgebildeter Lehrer, die frei von der Beeinflussung durch die DDR-Ideologie sind. Dieser verzögerte Austausch des Lehrpersonals zeigt sich heute als starker Einfluss in vielen „Ostalgie“-Diskussionen. Zugleich haben wir in den vergangenen Jahren gezielt auf Lehrerfortbildung gesetzt und die Möglichkeiten für die Eigenverantwortung der Schule erheblich gesteigert. Das verstärkte Angebot von Ganztagschulen wird derzeit umgesetzt. Eine Aufgabe für die nächsten Jahre bleibt eine engere Verzahnung von Schule und Jugendsozialarbeit.

Bei Betrachtung der Transformation des Hochschul- und Wissenschaftssystems muss man beachten, dass es bei Gründung der DDR im Jahre 1949 sechs Universitäten mit dem der deutschen Tradition entsprechenden breiten Fächerspektrum gab. Bemerkenswert ist, dass in der Zeit des Bestehens der DDR nicht eine einzige Universität neu gegründet wurde. Stattdessen wurden Spezialhochschulen mit begrenztem Fächerspektrum errichtet, so in Dresden neben der dort bestehenden Technischen Hochschule eine

Hochschule für Verkehrswesen, in Magdeburg eine für Schwermaschinenbau, in Chemnitz eine für Maschinenbau, in Leuna-Merseburg für Chemie, in Leipzig für Bauwesen und in Ilmenau für Elektrotechnik. Außerdem wurden drei Medizinische Hochschulen und mehrere pädagogische Hochschulen gegründet. Diese bereits in den 1950er Jahren erfolgten Gründungen wurden im Jahr 1969 durch die Umwandlung von zehn bereits bestehenden Ingenieurschulen in Ingenieurhochschulen ergänzt.

Alle Hochschulen standen unter der direkten Kontrolle und Einflussnahme der SED-Führung. Es gab keine akademische Selbstverwaltung: Berufungen und Einstellungen waren Bestandteil der SED-Kaderpolitik, Lehre und Forschung wurden ideologisch kontrolliert.

Der Hochschulzugang wurde staatlich gelenkt, so dass z. B. eine hohe Zahl von Ingenieuren, aber vergleichsweise wenig Naturwissenschaftler ausgebildet wurden, während die Geisteswissenschaften infolge der Ideologisierung in vielen Bereichen einen völligen Niedergang erlitten. Insgesamt war der Anteil der Studierenden am Altersjahrgang nicht sehr hoch; die zugelassene Zahl der Studierenden wurde stark limitiert, insbesondere nach den Anforderungen der Industrie.

Dabei ist zu betonen, dass die Auswahl zur Aufnahme eines Studiums bereits im Alter von vierzehn Jahren erfolgte, nämlich mit der Zulassung einer begrenzten Zahl von Schülern zum Besuch der Erweiterten Oberschule. Sie eröffnete die Möglichkeit, das Abitur abzulegen, welches die unmittelbare Hochschulzugangsberechtigung darstellte. Dabei waren keinesfalls die erbrachten schulischen Leistungen das alleinige Auswahlkriterium, sondern es spielten soziale Herkunft aus Arbeiter- und Bauernkreisen sowie politisches Wohlverhalten die entscheidende Rolle.

Forschung wurde an den Universitäten und Hochschulen der DDR in erheblichem Umfang geleistet, auch wenn

sie durch mangelnde Finanzierung und ideologische Gängelung in ihrer Effektivität stark beeinträchtigt war. Freiheit von Forschung und Lehre war nicht gewährleistet, hinzu kamen Auflagen zur Geheimhaltung und das Unterbinden von internationalen Kontakten. Trotz der schwierigen materiellen Bedingungen, unter denen gerade die naturwissenschaftlich-technische Forschung zu leiden hatte, gab es beachtliche Forschungsleistungen auf theoretischen Gebieten, in der mathematischen Simulation und bei der Entwicklung von Geräten und Maschinen. Zugleich war die Lehre an den Universitäten und Hochschulen in den naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen und in der Medizin auf sehr hohem Niveau, gut durchdacht, strukturiert und praxisorientiert. Viele Absolventen der Hochschuleinrichtungen der DDR haben heute hervorragende Stellungen in der Industrie, Wissenschaft und Medizin. Sie sind anerkannt aufgrund ihres hohen Ausbildungsniveaus.

Schwierig war die beherrschende Rolle des Marxismus-Leninismus. Jeder Student hatte drei Jahre an diesen Lehrveranstaltungen teilzunehmen und musste eine Prüfung auf diesem Gebiet ablegen. Noch problematischer war die inhaltliche marxistisch-leninistische Durchdringung bei den wirtschaftlichen, sozialwissenschaftlichen, juristischen und geisteswissenschaftlichen Fächern, die 1990 zurückgedrängt werden musste.

Hier sei vorweggenommen, dass die Abwicklung der marxistisch-leninistischen Institute und Sektionen nach 1990 die entscheidende Voraussetzung für den Erneuerungsprozess der Universitäten und Hochschulen war. Dies war ein geradezu revolutionärer Vorgang, der von der letzten Regierung der DDR gesetzlich festgelegt wurde.

Neben den Hochschulen hatte sich in der DDR ein System der außeruniversitären Forschung nach sowjetischem Vorbild entwickelt. Es gab vier zentralistisch organisierte

Akademien mit großen Instituten: die Akademie der Wissenschaften, die der Landwirtschaftswissenschaften, die Bauakademie und die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften.

Die Akademien besaßen wie die Hochschulen das Promotions- und das Habilitationsrecht. Zusätzlich waren sie gegenüber den Hochschulen bezüglich ihrer technischen Ausstattung und der Literaturversorgung sowie bei internationalen Kontakten und Reisemöglichkeiten privilegiert. Zwischen Akademien, Instituten und Hochschulen gab es nur wenig Kooperation und kaum personelle Durchlässigkeit.

Beide Teile des Wissenschaftssystems bestanden weiterhin getrennt nebeneinander. Doch beide Systeme, wie auch das übrige Wissenschafts- und Gesellschaftssystem, beruhten auf einer üppig ausgestatteten Personalstruktur mit garantierter Vollbeschäftigung. So hatte allein die Akademie der Wissenschaften 24.000 Mitarbeiter. Die Gehälter waren niedrig und wenig differenziert; die berufliche Position hing oft stärker von politischen Privilegien als von wissenschaftlicher Leistung ab. Die bauliche und apparative Ausstattung stagnierte seit Mitte der 1970er Jahre.

Die Forschung selbst war auf Anwendungsbezug orientiert. Die Forschungsaufträge wurden im naturwissenschaftlich-technischen Bereich oftmals direkt von der Industrie vergeben, so dass sich eine sehr enge Verknüpfung zwischen Universitäten und Industriebetrieben ergeben hat, die bis zur Prototypenentwicklung reichte. Personalaustausch zwischen Industrie und Hochschule war alltäglich geübte Praxis. Damit hatte die naturwissenschaftlich-technische Forschung aufgrund ihrer unmittelbaren Auswirkung auf die Industrieproduktion eine vorrangige Rolle. Sie spiegelte ebenso wie die Neugründungen der Spezialhochschulen die technologischen Schwerpunkte der DDR wider. Für die Forschung zum reinen Erkenntnis-

gewinn, also Grundlagenforschung, reichten die finanziellen Mittel der DDR hingegen nicht aus.

Im Westen Deutschlands verlief die Entwicklung von 1945 bis 1990 völlig anders. In allen Ländern wurden neue Universitäten und Gesamthochschulen gegründet. Eine wichtige Neuerung war die Gründung von Fachhochschulen Anfang der 1970er Jahre. Dieser neue Hochschultyp zeichnet sich im Vergleich zu den Universitäten dadurch aus, dass das Studium stärker praxisorientiert, stärker strukturiert und kürzer ist. Allerdings haben die Fachhochschulen nur ein begrenztes Fächerspektrum in den Natur-, Sozial- und Ingenieurwissenschaften. Sie waren zur Entlastung der Massenuniversitäten gegründet worden.

Trotz des intensiven Ausbaus des Hochschulsystems hatten sich die Studienbedingungen in der alten Bundesrepublik durch die sehr starke Zunahme der Zahl der Studierenden nicht verbessert. Das Schlagwort von der Massenuniversität kennzeichnet die Situation insbesondere an den großen Hochschulen. So haben etwa die Freie Universität Berlin und die Universitäten in Köln und München deutlich mehr als 50.000 Studenten und zahlreiche Universitäten mehr als 20.000 Studenten. Schlagworte, die die Probleme der Universitäten von 1990 und teilweise auch die heutige Situation charakterisieren, sind: geringer Personalbestand, schlechtes Betreuungsverhältnis, hohe Abbrecherquoten, Nichteinhaltung der Regelstudienzeit, einengendes Dienst- und Haushaltsrecht, mangelnder Wettbewerb, limitierende Fakultätsgrenzen.

Wie sollte hier die Wiedervereinigung erfolgen? Der Wissenschaftsrat, ein seit 1957 bestehendes wissenschaftspolitisches Beratungsgremium, wurde mit der Evaluierung und Neustrukturierung der Hochschulen und Akademien der DDR beauftragt, seine Empfehlungen dienten als Grundlage für die Gestaltung der Hochschul- und Forschungslandschaften im Bund und in den Ländern.

Der Wissenschaftsrat nahm die generelle fachliche Beurteilung vor, die personelle Erneuerung musste in einem komplizierten, schmerzvollen und spannungsgeladenen Prozess durch die Länder selbst umgesetzt werden. So erfolgte in Hochschulstrukturkommissionen der organisatorische Neuaufbau: Die Professuren wurden alle neu ausgeschrieben und ihre Besetzung durch Fach- und Personalkommissionen begleitet. Eine Herausforderung war bei diesem Prozess, den Umfang des akademischen Potentials an die in der alten Bundesrepublik üblichen Proportionen und an die zu erwartende finanzielle Leistungsfähigkeit der neuen Länder anzupassen.

Hinzu kommt, dass der Erneuerungsprozess bei laufendem Studienbetrieb in kürzester Zeit erfolgen musste. Diese enorme Leistung wurde von Hochschullehrern aus Ost und West gemeinsam mit viel Engagement, Einfühlungsvermögen und Entscheidungskraft erbracht. Dennoch konnte nicht vermieden werden, dass wir durch diesen Prozess eine hohe Akademikerarbeitslosigkeit in den neuen Ländern haben, die durch die wirtschaftliche Entwicklung nicht aufgefangen werden konnte.

Die neu berufenen Hochschullehrer haben ein verändertes Studienangebot erarbeitet, das sich durch gute didaktische Durchdringung, gut strukturierte Studien- und Prüfungsordnungen und teilweise hohe Interdisziplinarität auszeichnet. In den Hochschulen der neuen Länder kann man die Regelstudienzeit einhalten, wird vom akademischen Personal individuell betreut und auf hohem wissenschaftlichen Niveau ausgebildet. Die gerätetechnische Ausstattung ist international vergleichbar. Neubauten sind errichtet und alte Gebäude saniert worden. Hier ist eine neue Qualität der Universitätsausbildung erreicht worden, die für ganz Deutschland Vorbildwirkung hat.

Hervorzuheben sind die zahlreichen Gründungen von Fachhochschulen, die das Fächerspektrum der Universitä-

ten ergänzen und zugleich eine sinnvolle Funktionsteilung repräsentieren. Die Fachhochschulen spielen regional eine besondere Rolle bei der industriellen Entwicklung der Länder. Es besteht eine enge Verflechtung mit der Industrie und den Universitäten, die eine neue Qualität für die Regionalentwicklung darstellt.

Die Studentenzahlen haben sich in den vergangenen zwanzig Jahren verdreifacht, die Eigenständigkeit der Hochschulen wurde durch gesetzliche Regelungen in den sogenannten „Hochschulpakten“ erhöht, das Besoldungsrecht wurde geändert. Es sind entscheidende Weichenstellungen für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Hochschulen vorgenommen worden. Die Isolation der ostdeutschen Wissenschaften durch die Teilung Deutschlands wurde überwunden, die internationale Einbindung durch zahlreiche Verträge und Europaprogramme ist gelungen. Es ist eine agierende Hochschullandschaft mit großer Zukunft entstanden.

Die außeruniversitäre Forschungslandschaft der Akademieinstitute wurde ebenfalls vom Wissenschaftsrat evaluiert, in 130 Empfehlungen wurden seine Eindrücke und Erfahrungen manifestiert. Leistungsfähige Gruppen und Institute der Akademien wurden in neuem Zuschnitt einem der in der alten Bundesrepublik etablierten außeruniversitären Bereiche zugeordnet. So entstanden drei neue Großforschungszentren – leider zu wenige im Vergleich zu den alten Ländern. Lediglich zwei Max-Planck-Institute wurden aus bereits bestehenden Einrichtungen der DDR gegründet. Dankenswerterweise hat die Max-Planck-Gesellschaft zielgerichtet Neugründungen von Instituten in Verbindung mit leistungsfähigen Universitäten vorgenommen. Heute haben wir in den neuen Ländern eine vergleichbare Struktur in der Grundlagenforschung wie in den alten Ländern.

Da in der DDR die technischen und naturwissenschaftlichen Institute anwendungsorientiert forschten, konnte

die Fraunhofer-Gesellschaft auf ein gutes Potential zurückgreifen, das sie in den letzten Jahren erfolgreich durch Institutsneugründungen weiterentwickelt hat.

Einen überproportionalen Zuwachs erhielten die Institute der Leibnitz-Gemeinschaft. Hier kamen zu den im Westen bestehenden 47 Instituten 34 neue im Osten hinzu. Dadurch gewann die Leibnitz-Gemeinschaft deutlich an wissenschaftlichem Profil. Die Institute haben in mehreren Evaluationen in den letzten Jahren ihre Leistungsfähigkeit bewiesen. Neue strukturelle Akzente hat der Wissenschaftsrat zudem durch die Bildung von geisteswissenschaftlichen Zentren gesetzt, die an die Universitäten angegliedert sind, aber der geisteswissenschaftlichen Forschung zu mehr Bedeutung in den neuen Ländern verhalfen.

Hervorzuheben unter den außeruniversitären Einrichtungen ist auch die Akademie der Naturforscher, die Leopoldina, die sich zu DDR-Zeiten ihre Unabhängigkeit weitgehend bewahrt hatte und im vergangenen Jahr zur führenden Akademie in Deutschland ernannt wurde. Eine Renaissance erfuhren die Berlin-Brandenburgische Akademie, die Sächsische Akademie und die Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt.

Auf den ersten Blick scheint also die außeruniversitäre Forschungsstruktur Westdeutschlands exakt in den neuen Ländern etabliert worden zu sein. Ein zweiter Blick zeigt jedoch, dass die neu gegründeten Institute in ihrer Konzeption moderner angelegt sind; sie haben eine überschaubare Größe und sehr flexible Strukturen, um Erstarrung zu vermeiden. Außerdem wurden alle neuen Institute so konzipiert, dass sie enge Beziehungen zu benachbarten Universitäten und Fachhochschulen unterhalten. Es wurden überall gemeinsame Berufungen durchgeführt. Auch in der außeruniversitären Forschungslandschaft wurde konsequent die Personalüberprüfung aus wissenschaftlicher und politischer Sicht durchgeführt, ein ebenso aufwendiger

Prozess wie bei den Universitäten. Insgesamt ist aus dem vorhandenen Personal und durch Neuberufungen aus vielen Ländern aus Ost und West, aus Europa und Übersee eine gesunde, kreative Mischung entstanden, die wesentliche Erfolge im nationalen und internationalen Maßstab auf vielen Gebieten erzielt hat. Hinzu kommen die völlige gerätetechnische Neuausstattung und der Neubau vieler Institute. Die Umwandlung der Forschungs- und Hochschullandschaft ist mit großer Detailkenntnis, immer im Blick auf leistungsfähige Strukturen und gute Vernetzung auf nationaler und internationaler Ebene, durchgeführt worden – insgesamt ein gelungenes Kapitel der deutschen Wiedervereinigung.

Literatur

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. – München: Beck, 2009.

Meyer, Hans-Joachim: Die Transformation des Bildungs- und Wissenschaftssystems. – Vortrag in Berlin, 23. Juni 2008.

Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. – München u. a.: Piper, 2008.